

*Dieter S. Lutz in: Hamburger Abendblatt vom 31.07.2000*

## **25 Jahre KSZE/OSZE - Reif für den Friedensnobelpreis!**

**Wäre die KSZE 1975 nicht geschaffen worden, sie hätte - ex post betrachtet - erfunden werden müssen!**

Vor 25 Jahren, am 1. August 1975 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs von 33 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki. Lediglich Albanien fehlte. Deutschland dagegen war gleich zweimal vertreten.

Wer sich die Bilder von der feierlichen Zeremonie der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki anschaut, erkennt Bundeskanzler Helmut Schmidt und SED-Generalsekretär Erich Honecker. Schmidt sah übrigens den SED-Chef bei dieser Gelegenheit erstmals von nahem - näher als ihm wohl lieb war. Durch einen Verfahrenstrick hatte sich die ostdeutsche Delegation an die Seite der westdeutschen gemogelt. Beide Politiker saßen nun gleichberechtigt nebeneinander. Honecker strahlt. Schmidt knirscht verhalten mit den Zähnen.

Erinnern wir uns: Europa war in Folge des Zweiten Weltkriegs zerrissen in zwei ideologische und militärische Blöcke. Das Rüstungskarussell drehte sich in Ost und West auf vollen Touren. Nirgendwo auf der Welt war die Dichte an Soldaten und Vernichtungswaffen so hoch wie in den beiden deutschen Staaten. Der sowjetische Machtbereich war gleichwohl instabil: Die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 im Ostteil Berlins gibt hiervon Zeugnis. Ebenso die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes 1956, der Mauerbau in Berlin am 13. August 1961 und die Invasion der Warschauer Paktstaaten 1968 in die damalige Tschechoslowakei und die Niederschlagung des "Prager Frühlings". Bereits in den 60er Jahren unternahm deshalb die Sowjetunion Versuche, eine gesamteuropäische Sicherheitskonferenz einzuberufen und - so die Vermutung - die nach 1945 erreichten Besitzstände politisch und militärisch auf Dauer zu sichern. Auf Seiten des Westens bedurfte es allerdings noch der Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts und Egon Bahrs, der sog. Ostverträge und des Briefes zu "Deutschen Einheit", um den Boden für eine entsprechende Konferenz zu bereiten. Als weiteres Zugeständnis hinzu kam die Bereitschaft des Warschauer

Paktes zur Schaffung einer zweiten Ost-West-Verhandlungsrunde, den sog. MBFR-Gesprächen über eine konventionelle Abrüstung in Europa.

Am 1. August 1975 war es dann so weit: In der von Alvar Aalto erbauten Finlandia-Halle in Helsinki unterschrieben die 35 Staats- und Regierungschefs bzw. Generalsekretäre ein Dokument - die KSZE-Schlussakte - das die künftigen Ost-West-Beziehungen in drei sog. "Körben" regelte. Korb I befasste sich mit Fragen der Sicherheit in Europa. Er enthielt - entscheidend für die weitere Entwicklung Europas - einen "Dekalog" von "Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten". Darunter war auch die "Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit". Korb II war der Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik und der Umwelt gewidmet. Korb III befasste sich mit Fragen der Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen, darunter Fragen der menschlichen Kontakte wie Besuche, Familienzusammenführungen, Reisen, aber auch der Information, zum Beispiel der Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Journalisten.

Kritiker der KSZE vertraten Mitte der 70er Jahre gleichwohl die Ansicht, durch die Unterzeichnung der Schlussakte werde der Frieden in Europa kaum sicherer, der Status quo, d.h. die Teilung Europas dagegen festgeschrieben. Die Befürchtung war weiterhin, die KSZE, eventuell auch der Entspannungsprozess insgesamt, diene mehr der Selbstdarstellung und Legitimation der Eliten sowie der Festigung des östlichen Systems, weniger aber der Aufgabe, die Sicherheit sicherer und den Frieden friedlicher zu machen.

Heute, ein Vierteljahrhundert später, wissen wir vom Gegenteil zu berichten: Die KSZE hat nicht den Status quo stabilisiert, sondern die Rahmenbedingungen zu seiner Überwindung geschaffen - u.a. als Berufungsgrundlage für die friedlichen Freiheitsrevolutionen in Mittel- und Osteuropa. Ohne KSZE keine Abschaffung des Abschreckungssystems, kein Ende des Ost-West-Konfliktes, keine Wiedervereinigung Deutschlands. Wäre die KSZE nicht geschaffen worden, sie hätte - ex post betrachtet - erfunden werden müssen.

Der Unterzeichner der Schlussdokumentes, Altbundeskanzler Helmut Schmidt nach seiner Meinung zum 25jährigen Jubiläum der Helsinki-Akte befragt, lässt daran keinen Zweifel: " Der Helsinki-Konferenz 1975 sind die USA mit Skepsis begegnet und die CDU/CSU mit Ablehnung. Jedoch zu Unrecht; denn die Schlussakte und besonders ihr Korb III haben viele Polen, Ungarn,

Russen, Deutsche in der DDR und manche andere in ihrem Streben nach Selbstbefreiung außerordentlich ermutigt und durch die Unterschriften der kommunistischen Diktatoren sogar legitimiert."

Die Unterschriften der Staats- und Regierungschefs aus Ost und West unter eine Schlussakte, die auch die "Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten" als Prinzip enthielt, verlieh den "Machtlosen Macht" - wie es Vaclav Havel später formulierte. Der Preis, den Menschenrechtler und Dissidenten zu zahlen hatten, war gleichwohl mitunter hoch - und er war einseitig von den Menschen im kommunistischen Machtbereich zu erbringen. Im OSZE-Jahrbuch 2000, das in diesen Tagen erscheint, erinnert sich zum Beispiel der damalige niederländische Außenminister Max van der Stoel an seine erste Begegnung mit einem Vertreter der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung "Charta 77" namens Patocka in Prag. Bei der Verabschiedung bedankte sich Professor Patocka für die "wertvolle moralische Unterstützung". Kurze Zeit danach war der Dissident tot. Er war nach der Unterredung verhaftet und einem scharfen Verhör unterzogen worden. Am nächsten Tag erlag er einem Herzanfall.

### **Gäbe es die OSZE nicht bereits, müsste man sie erfinden!**

Nach den politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre in der Sowjetunion und in Osteuropa wurde die KSZE getragen von den Visionen der Zeitenwende, von der Euphorie über das langersehnte Ende des Kalten Krieges, von der Freude über die Auflösung des Warschauer Paktes. Die vielfältigen Ziele der "Charta von Paris für ein neues Europa" von 1990 - einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten in Paris -, die Umbenennung der Konferenz (KSZE) 1994 in Organisation (OSZE), die Deklaration der OSZE zur regionalen Abmachung nach Kapitel VIII der UN-Charta im Jahre 1992, die Schaffung des OSZE-Gerichtshofes 1994 in Genf und vieles andere mehr sind Zeugnisse und zugleich Ergebnisse dieser Zeit.

Nichts schien zu diesem Zeitpunkt unmöglich: Nicht "ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit" - wie es die Pariser Charta vom 21. November 1990 formulierte - nicht "Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und gleiche Sicherheit für alle Länder". Nicht eine dauerhafte Friedensordnung in Europa auf der Basis eines "Systems Kollektiver Sicherheit", wie es zumindest 1990 noch die damaligen Außenminister Eduard Schewardnadse und Jiri Dienstbier

vorschlugen und wie es im übrigen auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 24 vorsieht.

Andererseits waren auch nach dem Ende des nuklearen Abschreckungssystems und nach der Auflösung des Warschauer Paktes für Europa so wichtige Staaten wie insbesondere Großbritannien und die USA noch immer weit davon entfernt, Souveränitätsabstriche zugunsten einer effektiven und funktionierenden Sicherheitsordnung hinzunehmen. "Jugoslawien" war und ist eine der Folgen, nicht die Ursache dieser Realität. Letztendlich waren auch die Eigendynamik der Tagespolitik und die Selbsterhaltungskraft der bestehenden, insbesondere der militärischen Bürokratien, Apparate und Organisationen des Westens noch zu stark. Flankiert wurden sie - und mag es noch so zynisch klingen - durch das barbarische Morden im vormaligen Jugoslawien. Dieses beendete sowohl die Orientierungslosigkeit der NATO-Streitkräfte nach dem "Verlust des Feindes" im Osten als auch die Phase der Priorisierung der OSZE beim Aufbau der europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung.

Unter der "Zauberformel" der "ineinandergreifenden und sich ergänzenden Institutionen" (interlocking institutions) wurde die OSZE - nicht zuletzt auf Druck der USA - spätestens Mitte der 90er Jahre ins Glied zurückgesetzt. NATO, Europäische Union, WEU und OSZE sollten künftig gleichberechtigt und kooperativ zusammenwirken. In der Realität bedeutete dies jedoch - und heißt es bis heute - eine institutionelle Gewichtung zugunsten der von den USA geführten NATO. Was mit Blick auf die OSZE über die Jahre hinweg erhalten blieb, waren die Lippenbekenntnisse aller politischen Richtungen zugunsten "ziviler Prävention" und die Forderung nach einer "Stärkung der OSZE" - Lippenbekenntnisse und verbale Forderungen, die sich auch in den Wahlprogrammen ebenso wie in der Koalitionsvereinbarung der gegenwärtigen rot/grünen Bundesregierung finden lassen.

Richtig bleibt gleichwohl, was Altbundeskanzler Helmut Schmidt in Ergänzung seiner bereits angeführten Einschätzung der KSZE sagt: "Die Nachfolgeorganisation OSZE hat mit Erfolg zur Erhaltung des Friedens zwischen den europäischen Staaten beigetragen."

Um dies zu erreichen, hat die OSZE im vergangenen Jahrzehnt eine ganze Reihe von Instrumenten und Einrichtungen geschaffen, zum Beispiel das "Warschauer Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte" oder den "Hohen Kommissar für Nationale Minderheiten". Es sind Instrumente und Einrichtungen, die in den 90er Jahren trotz aller Erfolge

nicht nur weithin unbekannt und ungewürdigt geblieben sind. (Anders als Krieg ist die verhütete Krise eben nicht medienwirksam und spektakulär!) Vielmehr sind sie bis heute auch chronisch unterbesetzt und unterfinanziert. Der Hohe Kommissar für Nationale Minderheiten etwa musste nach seiner Berufung erst einmal private Spenden sammeln, eine "Stiftung für Inter-Ethnische-Beziehungen" ins Leben rufen, um überhaupt reisen zu können.

Die OSZE hat ihre Arbeit ferner erfolgreich bewältigt mit mittlerweile über 20 Langzeit- und Kurzzeitmissionen in zahlreichen Konfliktgebieten, darunter auf dem Balkan, im Kaukasus, in Zentralasien, in Osteuropa und im Baltikum. In allen diesen Feldoperationen hat die OSZE Beachtliches, ja Unersetzliches geleistet. Durch die Arbeit der OSZE ist - wie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Wolfgang Ischinger in OSZE-Jahrbuch 2000 schreibt - "eine größere Zahl von potentiellen Konflikten entschärft, die innere Stabilität in manchen Ländern gefestigt worden, Wahlen sind durch Unterstützung und Beobachtung der OSZE repräsentativer und weniger zweifelhaft geworden, die staatlichen und die nicht-staatlichen Institutionen der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft und des Rechtsstaates haben in manchen Ländern durch die OSZE erst richtig Fuß fassen können, die Rechte der Menschen und der Minderheiten sind durch die OSZE dort gesichert, wo sie am meisten gefährdet waren."

Der Erfolg der OSZE ist ein stiller, gerade deshalb aber spricht er für die Einrichtung: Gäbe es die OSZE nicht bereits, man müsste sie erfinden!

Rückschläge wie im Kosovo in der Zeit des Hoolbroke-Milosevic-Abkommens vom Oktober 1998 bis März 1999 sind dagegen nicht, zumindest nicht allein der OSZE und schon gar nicht den betroffenen OSZE-Beobachtern anzulasten. Im Gegenteil: Wäre es nach der Mehrzahl der OSZE-Monitore gegangen, so hätten sie den Kosovo im März 1999 nicht verlassen, wäre der Krieg vermeidbar gewesen.

### **Ein Jubiläum ohne Pomp und Paukenschlag**

Am 1. August wird die KSZE bzw. die OSZE 25 Jahre alt. Ein Jubiläum, das mit einem "Paukenschlag" begangen werden müsste, wie der DDR-Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer aus der Lutherstadt Wittenberg meint.

Zum Vergleich: Im letzten Jahr feierte die NATO ihr 50jähriges Jubiläum in Washington mit einem ungeheuren politischen - und im übrigen auch militärischen - Pomp. Gemessen am Glanz jener Feierlichkeit und ihrem finanziellen und personellen Aufwand war die vorgezogene Veranstaltung zum 25jährigen Jubiläum der OSZE in Wien vor wenigen Tagen nicht nur mehr als bescheiden und dürftig, sie war eigentlich gar nicht existent. Kein einziger Staatschef der mittlerweile 54 bzw. 55 Mitgliedsländer war anwesend, ja nicht einmal ein einziger Minister - mit Ausnahme der Gastgeberin - ließ sich blicken. Die Presse nahm vom Ereignis kaum Notiz - auch nicht in Deutschland.

Gerade das vereinigte Deutschland aber hätte jeden Anlass, die KSZE und die OSZE zu würdigen. Versuche des Zentrums für OSZE-Forschung in Hamburg, mit politischer Unterstützung eine entsprechende Jubiläumsveranstaltung in Deutschland durchzuführen, sind aber sowohl im Auswärtigen Amt in Berlin als auch im Rathaus in Hamburg auf taube Ohren gestoßen, kläglich gescheitert. Bleibt also nur der OSZE - in unserem ureigensten Interesse - auch für die kommenden 25 Jahre Erfolg zu wünschen und ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für den Friedensnobelpreis in Stockholm vorzuschlagen.